

Kleine Schritte gegen Lehre-Verbot für Flüchtlinge

„Job-Shadowing“ für junge Asylwerber, Sozialministerium: Arbeitserlaubnis wäre kontraproduktiv

Irene Brickner

Wien – Für Veronika Krainz, Leiterin der NGO Lobby 16, die sich um Bildung und Arbeit für unbegleitete junge Flüchtlinge bemüht, ist es „eine Frage des Menschenrechts“. Dass in Österreich Jugendliche und junge Erwachsene, die willens und imstande wären, eine Lehre zu machen oder zu arbeiten, stattdessen zu jahrelangem Warten in Untätigkeit gezwungen sind, widerspreche dem verbrieften Recht auf Arbeit. „Diese jungen Menschen sollten das Recht haben, sich Arbeit oder einen Lehrplatz zu suchen. Ob es gelingt, ist dann eine andere Frage“, sagt Krainz.

Tatsächlich sind Asylwerber vom Arbeitsmarkt de facto ausgeschlossen, mit Ausnahme von Saison- und Erntearbeit. Da eine Lehre mit Arbeitsaufnahme verbun-

den ist, bleibt ihnen auch eine solche versperrt.

Junge Flüchtlinge, die sich oft allein bis nach Österreich durchgeschlagen haben, trifft das besonders hart. Zumal es sogar dann gilt, wenn ein Lehrherr sich einen Asylwerber als Lehrling dezidiert wünscht – so wie im Fall des Kosovaren Amel Demiri (20) im Vorarlberger Sulzberg, der Koch werden will, es aber nicht darf (DER STANDARD berichtete). „Wir dürfen jugendliche Asylwerber nicht betreten“, bestätigt Gerda Challupner, Leiterin des Arbeitsmarktservice (AMS) für Jugendliche in Wien.

Dieser von Ausschluss geprägten Situation versucht Krainz durch „kleine Schritte“ zu entkommen. Nach Gesprächen im AMS Wien gelang es ihr vor zwei Jahren etwa, das Okay für sogenanntes Job-Shadowing zu erwir-

ken: „Jugendliche Flüchtlinge dürfen für zwei Wochen in Berufe hineinschnuppern.“ Voraussetzung ist eine Firma, die schnuppern lassen will, eine Unfallversicherung, die Lobby 16 bezahlt, sowie, dass die Jugendlichen kein Entgelt bekommen und nicht aktiv mitarbeiten. Bisher haben 20 Burschen und Mädchen von die-



Fall unter vielen: Amel Demiri darf nicht Koch werden. F.: Stiplovsek

ser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Lobby 16 finanziert jungen Asylwerbern außerdem durch Sponsorengelder aus Industrie und Wirtschaft Kurzausbildungen, etwa als Pflegehelfer. Daran kann ein Volontariat von maximal drei Monaten im Jahr anschließen.

Entgelt für die Flüchtlinge: 100 Euro monatlich, bezahlt von der NGO. Mehr „Zuverdienst“ hätte eine Schmälerung der Grundversorgungsleistung zur Folge. Laut Krainz könnten „einjährige Arbeits- oder Beschäftigungsbewilligungen, solange das – idealerweise dann stark beschleunigte – Asylverfahren läuft“ Verbesserung bringen. Doch im Sozialministerium meint ein Experte: „80 Prozent der Asylverfahren enden negativ. Asylwerbern angesichts dessen eine Arbeitserlaubnis zu geben wäre kontraproduktiv.“